

„Bislang war Freiburg nur Mitläufer“

BZ-INTERVIEW mit Adalbert Häge von der Bahn-Initiative Igel zum Protest gegen die bisherigen Pläne für die neue Güterbahn

Sie kämpfen auf allen Ebenen. Sieben Bürgerinitiativen haben sich entlang der Rheinschiene zusammengetan, um Politiker und Planer davon zu überzeugen, dass die Anwohner der Rheintalbahn einen besseren Lärmschutz benötigen, sobald die Strecke um das dritte und vierte Gleis erweitert wird. Am Samstag protestierten alle gemeinsam in Freiburg. Beate Beule sprach mit Adalbert Häge, dem Sprecher der Freiburger Protestgruppe „Interessengemeinschaft gegen Lärm und Umweltbelastungen“ (Igel).

BZ: Herr Häge, das Anliegen der Bürgerinitiativen gleicht ein wenig dem Kampf von David gegen Goliath. Glauben Sie wirklich, dass Sie die Deutsche Bahn und den Bund davon überzeugen können, Millionen in den Lärmschutz zu investieren?

Adalbert Häge: Als wir anfangen, hätte ich niemals geglaubt, dass wir überhaupt so erfolgreich werden könnten. Wir haben inzwischen einiges erreicht. Dank unserer Initiative wurden Gutachten erstellt, die Alternativen zur jetzigen Planung aufzeigen. Allen Beteiligten ist inzwischen klar, dass es in der Region einen großen Widerstand gegen die Pläne gibt. Und inzwischen bewegt sich auch etwas

bei der Politik im Land und auf Bundesebene. Wir haben gute Kontakte zu den Politikern auf der regionalen und kommunalen Ebene. Deshalb sind wir guter Dinge, dass wir tatsächlich etwas erreichen werden.

BZ: Auch wenn die Bahn und das Bundesverkehrsministerium zum Beispiel sagen, dass sie neue Erkenntnisse über die Schädlichkeit von Bahnlärm auf keinen Fall in die Planungen mit einfließen lassen wollen, weil diese sonst verzögert werden?

Häge: Das ist eine Unverschämtheit und zeugt von einer unglaublichen Arroganz gegenüber den Betroffenen. Da muss es unbedingt Konsequenzen geben, wenn sich Vertreter dieser Institutionen so eindeutig gegen geltendes Recht stellen.

BZ: Solche Probleme werden aber wohl kaum in Freiburg gelöst.

Häge: Das stimmt, die Entscheidung liegt in Berlin. Auf kommunaler Ebene muss es eher darum gehen, dass alle Gremien an einem Strang ziehen und uns in unserem Anliegen unterstützen. Die Gemeinden müssen es über ihre politischen Kontakte mit anderen Kommunen und Institutionen schaffen, in der Region eine kommunale Allianz zu formieren. Diese muss

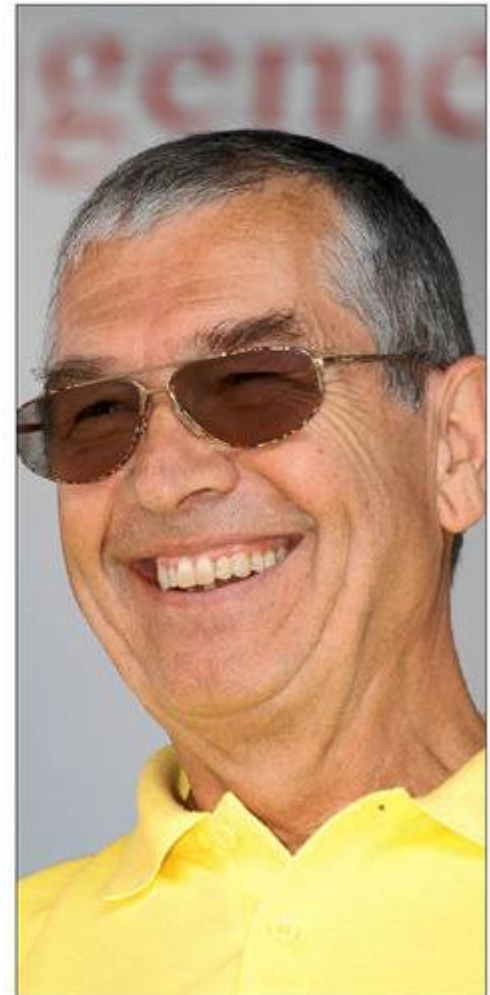
sich mit einem Vorschlag geschlossen vor die Landesregierung stellen und fordern, den Ausbau der Rheintalbahn als „Baden 21“ politisch genauso vehement und unterstützend zu verfolgen wie die Pläne für Stuttgart 21.

BZ: Sind Sie bislang mit der Unterstützung der Kommunen zufrieden?

Häge: Die Stadt Freiburg könnte ruhig noch einen Zacken zulegen. Sie hat sich bislang zwar redlich bemüht, aber nicht unbedingt die Themenführerschaft in der Region übernommen, was einem Oberzentrum, einer Breisgau- und Schwarzwaldmetropole und einer Umwelthauptstadt durchaus gut zu Gesicht stünde. Bislang war Freiburg eher nur ein Mitläufer. Die Initiative ging von anderen Gemeinden aus.

BZ: Was würden Sie sich von der Stadt wünschen?

Häge: Sie könnte uns zum Beispiel darin unterstützen, juristisch einwandfreie Einwendungen gegen die Pläne der Bahn zu formulieren. Oder sie könnte einen Lärmkongress zum politisch richtigen Zeitpunkt rund um den Offenlagetermin im nächsten Frühjahr veranstalten, um dem Thema noch mehr Gewicht zu verleihen – auch über die Region hinaus.



Adalbert Häge

FOTO: THOMAS KUNZ